

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Erfolgreiche Arbeit der Produktionsschulen sichern - Produktionsschulkonzept nicht aushebeln

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Die Produktionsschulen als Einrichtungen der Jugendberufshilfe haben sich im Land Mecklenburg-Vorpommern als Integrationsprojekte für Jugendliche und junge Erwachsene bewährt. Entscheidend für den Erfolg dieses alternativen, auf die praktische Arbeit unter Anleitung von Werkstattpädagogen setzenden Modells sind eine gesicherte Finanzierung und die Beibehaltung der produktionsschulspezifischen Prinzipien.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. für Jugendliche und junge Erwachsene, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in einer Berufsschule nicht erfolgversprechend beschult werden können, wie bisher die Möglichkeit der beruflichen Schulbildung an den Produktionsschulen des Landes zu gewährleisten,
2. die Finanzierung der Landesinitiative in den Jahren 2014 bis 2020 mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds und ggf. mit Landesmitteln auf der durchschnittlichen Förderung pro Produktionsschule im Jahr 2013 sicher zu stellen,
3. die Wirksamkeit des Platzeinkaufes durch Jobcenter zu überprüfen, gemeinsam mit den Trägern und anderen Partnern den Bedarf an Produktionsschulplätzen im Land bis zum Jahr 2020 zu ermitteln und das Konzept der Produktionsschulen im Land weiter zu entwickeln,
4. dem Landtag bis zum 31. März 2015 über die Ergebnisse der Überprüfung, Bedarfsermittlung und der konzeptionellen Weiterentwicklung zu berichten.

Begründung:

Produktionsschulen sind als Angebot der Jugendberufshilfe eine wichtige Institution für 14- bis 25-jährige Jugendliche, die auf normale Beschulung nicht oder nicht mehr ansprechen. Diese sollen deshalb sozial stabilisiert und durch praktische Arbeit in Werkstätten bei paralleler Beschulung in die Lage versetzt werden, einen Schulabschluss nachzuholen.

Der Produktionsschultitel (Landes-ESF-Mittel) sollte aber nicht abgesenkt, sondern aufgestockt werden, weil künftig mit dem Standort Wolgast eine Schule und mit dem Standort Schwerin eine Außenstelle zusätzlich ins Landesprogramm aufgenommen werden. Zudem sind größere Investitionen zu erwarten, da die Produktionsschule Rothenklempenow nach Torgelow umziehen soll. Die derzeit in Rothenklempenow genutzten Maschinen befinden sich in Privatbesitz und werden bisher der Schule zur Nutzung überlassen.

Der geplante Ansatz der Förderung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds für die Jahre 2014 bis 2020 soll jedoch um 220.000 Euro auf 10 Millionen Euro für sieben Jahre reduziert werden. Die aus diesen und anderen Gründen entstehende Finanzierungslücke soll durch den Einkauf von Plätzen durch die Jobcenter kompensiert werden. Der Einkauf so genannter BVB-Pro-Plätze wurde bereits als Argument im Zusammenhang mit dem auch aus Sicht der Landesregierung nicht weiter ausdehnbaren örtlichen Finanzierungsanteil über die aktuelle 40-Prozent-Marke hinaus (Kommune, Landkreis, Jobcenter) angeführt.

Unabhängig von der finanziellen Relevanz, werden die Prinzipien und die bewährte Praxis der Arbeit der Produktionsschulen durch den Einkauf von Plätzen über die Jobcenter ausgehebelt, da Jugendliche aus zwei völlig unterschiedlichen Systemen zusammengeführt werden. Neben dem Ansatz des freiwilligen Zusammenfindens von Schüler und Schule tritt die Zuweisungspraxis der Jobcenter. Zudem trifft ein eher sozialpädagogischer und auf Hilfestellung abzielender Ansatz der Produktionsschule auf eine restriktive Sanktionspraxis der Jobcenter, jedenfalls dann, wenn die oder der betreffende Jugendliche nicht „funktioniert“.

Zudem werden unterschiedliche Kategorien von Schülern geschaffen, da die vom Jobcenter zugewiesenen Jugendlichen 12 Stunden pro Woche in der Berufsschule unterrichtet werden. Sie können dadurch - ohne Prüfung - die „Berufsreife“ zuerkannt bekommen, wenn sie regelmäßig den Unterricht besuchen. Dagegen unterziehen sich die von Honorarlehrern an den Produktionsschulen unterrichteten Jugendlichen einer externen Abschlussprüfung.

Die derzeitige Untersagung durch das Bildungsministerium des Landes bezüglich der Beschulung der Jugendlichen in den Produktionsschulen unterminiert eine langjährig bewährte Praxis und sollte daher umgehend beendet werden.